

Entwurf

Antrag

Initiator*innen: Stina.Hansen

Titel: **Satzung**

Antragstext

- 1 Das LandesschülerInnenparlament der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein möge
 - 2 in der Satzung ergänzen, dass bei der Stellung eines Antrages an das LSP, eine
 - 3 Begründung VERPFLICHTET mit eingereicht werden muss.
-
- 4 Anträge die ohne eine Begründung eingereicht werden sollen erst nach den
 - 5 Anträgen mit Begründung bearbeitet werden.

Begründung

Wenn ein Antrag ohne Begründung eingereicht wird, ist es für die Delegierten sehr viel komplizierter sich während des LSPs eine Meinung zu bilden und diese in den Diskussionen zu vertreten.

A1

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Klausuren auf digitalen Endgeräten

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, dass wir uns bei den
2 zuständigen politischen und schulischen Gremien des Landes für die Einführung
3 der **freiwilligen Durchführung von Klausuren und Prüfungsleistungen auf digitalen**
4 **Endgeräten ab der gymnasialen Oberstufe** einsetzen.

5 Diese Einführung muss **zwingend** an die Einhaltung folgender technischer und
6 datenschutzrechtlicher Standards geknüpft sein:

I. Technische Absicherung (Integrität der Prüfung)

8 Die digitalen Endgeräte müssen während der Prüfung mithilfe einer geeigneten
9 Management-Software wie **Apple Classroom** oder einer funktional gleichwertigen
10 Lösung kontrolliert werden. Die Software muss dabei folgende Funktionen
11 gewährleisten:

12 1. **Individuelle App-Beschränkung:** Die Lehrkraft muss in der Lage sein, den
13 Zugriff auf alle nicht-prüfungserheblichen Anwendungen und Funktionen
14 (z.B. Browser, Kommunikations-Apps, Notizen, Kamera) **individuell pro Gerät**
15 **zu sperren** und die Nutzung auf die spezifisch für die Klausur zugelassene
16 Software zu beschränken.

17 2. **Transparente Aufsicht:** Die Software muss der Lehrkraft die **Einsicht in die**
18 **aktuell genutzte Applikation** und eine **Benachrichtigung beim Versuch eines**
19 **App-Wechsels** ermöglichen, um eine effektive Aufsicht während der

20 Prüfungszeit zu gewährleisten.

21 **II. Datenschutz und Nutzungsbeschränkung (Privatsphäre der**
22 **Schüler*innen)**

23 Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre der Schüler*innen
24 gelten folgende verbindliche Auflagen für die Nutzung der Kontrollsoftware:

- 25 1. **Strikte Zeitliche Begrenzung:** Die Lehrkraft darf die Kontrollsoftware
26 (Apple Classroom oder Äquivalent) **ausschließlich für die Dauer der**
27 **offiziellen Klausurzeit** aktivieren und nutzen.
- 28 2. **Keine Nutzung außerhalb der Prüfung:** Eine Nutzung der Überwachungs- und
29 Steuerungsfunktionen der Software durch Lehrkräfte außerhalb des klar
30 definierten Zeitfensters der Prüfung ist **ausdrücklich untersagt**. Die
31 Schüler*innen müssen jederzeit die Gewissheit haben, dass ihr Gerät
32 außerhalb von Prüfungen privat ist.

A2

Antrag

Initiator*innen: Lasse Höltner

Titel: Helgoland Stipendium

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innenparlament der Gemeinschaftsschulen möge beschließen, dass
- 2 es sich dafür einsetzt, das Helgoland-Stipendium auf 600 € zu erhöhen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A3

Antrag

Initiator*innen: Finn Luka Günther

Titel: Stärkung der Position im politischen Diskurs

Antragstext

- 1 Das Landesschülerparlament möge beschließen, die Positionen der Schülerinnen und
- 2 Schüler im allgemeinen politischen Diskurs zu vertreten.

Begründung

Politische Debatten zu brisanten Themen, zum Beispiel der Wehrpflicht, Bundestagswahlen ab 16, das Verbieten verfassungsfeindlicher Parteien, Themen, die besonders Jugendliche und Junge Erwachsene betreffen, werden dramatisch unzureichend von genau diesen mit diskutiert.

Das Landesschülerparlament bietet eine optimale Platform, uns mehr Gehör im öffentlichen Diskurs zu verschaffen.

Antrag

Initiator*innen: Mervin Pauly

Titel: Rassismuspräventionstag

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innen Parlament möge beschließen, dass es, ähnlich wie den
- 2 Demokratietag, in Zukunft einen Anti Diskriminierung Tag geben soll.

Begründung

Erfolgt mündlich

A5

Antrag

Initiator*innen: Ole Baginski

Titel: Dkms-Aktion

Antragstext

1 Das Landesschüler*innen Parlament möge beschließen, dass die Schulen des Landes
2 Schleswig-Holstein alle zwei Jahre einen DKMS-Aktionstag möglich machen. (DKMS-
3 Tag meint: Eine Infoveranstaltung an der Schule mit anschließender
4 Registrierungsmöglichkeit für die Schüler und Lehrer)

Begründung

Ein DKMS-Aktionstag an Schulen bietet eine wertvolle Möglichkeit, gesellschaftliche Verantwortung praktisch erlebbar zu machen. Durch die Registrierung von Schüler:innen ab 17 Jahren steigt die Chance, geeignete Stammzellspender für Blutkrebspatienten zu finden, was unmittelbar Leben retten kann. Gleichzeitig fördert der Aktionstag medizinisches Grundwissen und sensibilisiert Jugendliche für solidarisches Handeln. Die Registrierung ist einfach, sicher und wird professionell begleitet, wodurch Hemmschwellen abgebaut werden. Schulen leisten damit einen messbaren Beitrag zum Gemeinwohl und stärken ihr Profil als engagierte, verantwortungsbewusste Bildungseinrichtung.

A6

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Keine weiteren Klausuren während des Probeabiturs**

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, dass keine Klausur in der selben Woche wie das Probeabitur geschrieben werden darf, um die Mentale Gesundheit der Schüler*innen des Abiturjahrganges in dem Sinne "zu schützen" und einem Mentalen "Zusammenbruch" vorzubeugen.
- 2
- 3
- 4

A7

Antrag

Initiator*innen: Mahmoud bankosli

Titel: Transparent

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen,
2
3 dass die Schule offener und Transparenter mit ihren Schüler*innen bzw. ihrer
4 Schüler*innenvertretung zu kommunizieren. Sprich die Schule soll Schüler*innen
5 betroffene Entscheidungen transparent kommunizieren und eine Meinung, der
6 Schüler*innen bzw. der Schüler*innenvertretung eingeholt werden muss.

Antrag

Initiator*innen: Renke Döhren (Emma Schornstein)

Titel: Brücken bauen - ÖPNV Verbessern

Antragstext

1 Die LSV GemS SH möge beschließen den Absatz „Ausbau des ÖPNV“ im GP
2 folgendermaßen ergänzen:

3 Besonders sollen hier die (Halb-)inseln in den Blick genommen werden. ÖPNV muss
4 dort öfter und zuverlässiger fahren, damit die Schüler*innen ohne Führerschein
5 sowohl auf dem Schulweg als auch in Ihrer Freizeit flexibler sind, mehr
6 Möglichkeiten zur freien Gestaltung ihres Tagesablaufes haben und angebundener
7 an das Festland sind.

Begründung

(Ich bitte um die Vorstellung des Antrags durch eine Person, die bei der Inseltour mit dabei war.) Im Zuge der Inseltour konnten wir mit vielen Kinder und Jugendlichen von einigen Nordseeinseln sprechen. Alle von Ihnen benannten als ihr größtes Problem einen zu schlechten ÖPNV. Es ist unsere Aufgabe als Landesschüler*innenvertretung alle Anliegen unserer Schüler*innen ernst zu nehmen, besonders wenn diese eine Minderheit betreffen oder das (Schul-)Leben so massiv einschränken, wie es dieses Problem tut.

Schüler*innen ohne Führerschein oder Minderjährige mit Führerschein sind auf den ÖPNV oder die Mobilität und die zeitlichen Ressourcen der Eltern angewiesen. Sie sind ansonsten durch das geringe Angebot auf den Inseln außerordentlich eingeschränkt in Ihrer Freizeitgestaltung.

Antrag

Initiator*innen: Alexandru Mikulaicsuk

Titel: Einführung des verpflichtenden Schulfachs „Digitalkunde“ (DK) ab Jahrgangstufe 5

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament möge beschließen, sich für die Einführung eines neuen
2 verpflichtenden Schulfachs „Digitalkunde“ (DK) ab der 5. **bis zur 8.** Klasse an
3 allen Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein einzusetzen.

4 Das Fach soll eine wöchentliche Doppelstunde (90 Minuten) umfassen und folgende
5 Inhalte abdecken:

6 1. Medien- und Sozialkompetenz:

7 Wie erkenne ich Fake News? Wie funktionieren soziale Medien? Wie gehe ich
8 verantwortungsvoll mit digitalen Inhalten um?

9 2. Digitale Prävention und Cybersicherheit:

10 Umgang mit Cyber-Mobbing, digitale Abhängigkeit, Datenschutz, Privatsphäre
11 und Grundlagen der IT-Sicherheit.

12 3. Künstliche Intelligenz (KI):

13 Grundlagen von KI, Chancen und Risiken, wie KI unseren Alltag verändert
14 und wie man damit bewusst umgeht.

15 Das Fach soll von Lehrkräften aus Informatik, WiPo oder Verbraucherbildung
16 unterrichtet werden. Dafür soll eine Zusatzqualifikation geschaffen werden,

17 damit die Inhalte gut und einheitlich vermittelt werden.

18 Da Informatik an den Schulen sehr unterschiedlich vertreten ist, gilt folgende
19 Lösung:

20 • Wenn eine Schule bereits Informatik in der Sekunderstufe I hat, wird
21 dieser Unterricht durch Digitalkunde ersetzt.

22 • Wenn eine Schule kein Informatik anbietet, soll ein anderes Fach
23 ausgewählt werden. Darüber entscheidet die entsprechende Schulkonferenz.

Begründung

Wir Schüler bewegen uns meistens schon ab der 5. Klasse im Internet, oft ohne zu wissen, wie man sich dort sicher und kritisch verhält. Cyber-Mobbing, Fake News, TikTok-Algorithmen oder KI-Tools betreffen uns schon sehr früher. Genau deshalb brauchen wir ein Fach, das diese Themen von Anfang an klar, verständlich und verpflichtend behandelt.

Digitale Themen werden bisher in verschiedenen Fächern nur am Rande angesprochen – je nach Schule und Lehrkraft sehr unterschiedlich. Ein eigenes Fach sorgt dafür, dass alle Schüler dieselben wichtigen Grundlagen bekommen.

Das bestehende Grundsatzprogramm fordert bereits mehr Medienbildung, aber „Digitalkunde“ geht einen Schritt weiter:

- KI wird verbindlich behandelt,
- Cybersicherheit bekommt einen festen Platz,
- und die Inhalte werden strukturiert statt „nebenbei“ vermittelt.

Wir halten Digitalkunde für ein Fach, das heute genauso wichtig ist wie klassische Pflichtfächer – denn

digitale Mündigkeit entscheidet über Sicherheit, Selbstbestimmung und vor allem über Demokratiekompetenz.

A11

Antrag

Initiator*innen: Renke Döhren (Emma Schornstein)

Titel: **Bildungsgerechtigkeit darf nicht am Schulweg scheitern**

Antragstext

1 Die LSV GemS SH möge beschließen dem GP unter Absatz „Schülerbeförderung“
2 folgendermaßen geändert werden:

3 Alte Fassung:

4 Die Kosten für die Schülerbeförderung sollten fair gestaltet sein, unabhängig
5 davon, welche Schule die Schüler besuchen. Alle Schüler*Innen sollten die
6 Möglichkeit haben, ihre Schule ohne finanzielle Belastung zu erreichen.

7 Neue Fassung:

8 Das Deutschlandticket muss für alle Schüler:innen kostenlos verfügbar sein,
9 damit alle Schüler*innen ihre Schule ohne finanzielle Belastung erreichen können
10 und so niemand, der aus einem schwächeren soziökonomischen Hintergrund kommt,
11 benachteiligt wird.

Begründung

(Ich bitte um die Vorstellung durch eine Person, die bei der Inseltour dabei war und so nocheinmal mündlich die Relevanz für die Inseln mit einbinden kann.)

Antrag ist selbsterklärend. Praktisch hat nur eine Umformulierung stattgefunden, damit die Forderung klarer und verständlicher ist.

A12

Antrag

Initiator*innen: Moslim Sherzad | Mats Klingberg

Titel: Stärkung von KI-Kompetenzen im Unterricht

Antragstext

- 1 • [Ä1](#)

2 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen, dass Schulen verbindlich
3 Inhalte zur sicheren, verantwortungsvollen und kompetenten Nutzung von
4 Künstlicher Intelligenz in den Unterricht aufnehmen. Schüler*innen sollen früh
5 lernen, wie KI funktioniert, wie man sie sinnvoll nutzt und welche Rolle sie in
6 zukünftigen Berufen spielt.

Begründung

KI wird in vielen zukünftigen Jobs eine zentrale Rolle spielen. Daher müssen Schüler*innen rechtzeitig lernen, KI verantwortungsvoll einzusetzen und ihre Chancen sinnvoll zu nutzen.

Antrag

Initiator*innen: Lucy Hauschild, ramely domanice, Fabian Kaschinski,

Titel: Demokratietag

Antragstext

1 In jeder Gemeinschaftsschule soll es verpflichtend ein Demokratietag stattfinden,
2 an dem über die Grundprinzipien der Schuldemokratie informiert und aufgeklärt
3 wird. Dies soll an die jeweiligen Alterstufen angepasst werden, um einen
4 abwechslungsreichen Demokratietag zu gestalten. Dieser Tag soll praktisch
5 gestaltet werden.

Begründung

Es ist dafür gedacht, damit Schüler einen besseren Einblick in Demokratie bekommen und somit Chance an dieser beteiligen können. Um es interessant zu halten, sollen verschiedene Altersgerechte Kurse angeboten werden. Die praktische Gestaltung soll zu besseren Erlernen und größeren Interesse führen.

A14

Antrag

Initiator*innen: Sophia Schütt

Titel: **Aufklärung über Psychische Erkrankung ab Klasse 8**

Antragstext

- 1 Die Einführung von Projekttagen über die Aufklärung psychischer Erkrankung wie zB. Depression ab Klasse 8.
- 2

Begründung

Das Thema psychische Erkrankungen ist immer noch nicht aufgeklärt genug und wird häufig von Lehrern vermieden. Leider sind psychische Erkrankungen eine Häufigkeit geworden. Deswegen sollte über die Folgen und Lösungen aufgeklärt werden.

A15

Antrag

Initiator*innen: Abigail-Sue Braun

Titel: **Schulvertretung im Landesvorstand der
Gemeinschaftsschulen SH**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen,
2 dass von jeder Schule nur eine Person im Landesvorstand sein darf. In
3 Ausnahmefällen wie zum Beispiel: Ein*Eine Deligierte einer Schule möchte sich
4 nicht aufstellen lassen aber sein*seine Stellv. möchte sich aufstellen, so soll
5 durch ein 2/3 Mehrheitsbeschluss des LSPs dies ermöglicht werden. Ferner soll
6 betont werden, dass ebenfalls keine Person von einer bereits im Landesvorstand
7 der Gemeinschaftsschulen SH vertretenen nachträglich einberufen werden kann.

Begründung

Bitte lasst es euch wirklich durch den Kopf gehen und denkt wirklich ausführlich darüber nach.

- Beziehung auf Satzungsantrag 1 ebenfalls gestellt durch Renke Döhren

G1

Antrag

Initiator*innen: Abigail-Sue Braun

Titel: **Geschäftsänderungsantrag zu §8 Absatz 2**
Unterpunkt g

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen,
- 2 dass §8 Absatz 2 Unterpunkt g der Geschäftsordnung soll im Folgendem Wortlaut
3 neugefasst werden: "Von jeder Schule darf nur eine Person im Landesvorstand sein."

Begründung

Dieser Beschluss ist zwingend notwendig, um die strukturelle Schieflage zu korrigieren. Nur durch eine Anpassung der Wahl- oder Besetzungsregeln, die die Vertretung von zwölf unabhängigen Schulen im Landesvorstand ermöglicht, kann die Legitimität, Pluralität und das demokratische Fundament des Gremiums gesichert werden. Es geht darum, sicherzustellen, dass jede Stimme im Landesvorstand tatsächlich eine breite, unabhängige schulische Basis repräsentiert und nicht die Interessen einer bereits vertretenen Schule doppelt gewichtet werden.

Bei weiteren Fragen gerne anrufen.